Martin Sabrow

1990 - eine Epochenzäsur?

Einführungsvortrag zur Veranstaltungsreihe
„1990 – als Epochenzäsur“

29.4.2010, im Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte in Potsdam

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Dass „1990 - eine Epochenzäsur?“ darstelle, scheint das Fragezeichen nicht zu verdienen, mit dem unsere diesjährige Veranstaltungsreihe am Neuen Markt ihr Generalthema zur Diskussion stellt. Zäsuren gehören in der Moderne untrennbar zu unserem Bild von der Geschichte. „Zäsur“ und „Epoche“ spiegeln ein mit der Aufklärung und besonders der Französischen Revolution sich durchsetzendes Geschichtsbewusstsein, das die chiliastische Heilsgeschichte durch den Glauben an den Fortschritt des Menschengeschlechts ersetzt und die römisch-christlichen Weltalterlehren (vier Monarchien mit dem Römischen Reich als letzter; duo tempora mit AT und NT; tria tempora bei Joachim von Fiore als Zeit des Vaters, des Sohnes und des Hl. Geistes) durch die Einteilung in Alte, Mittelalterliche und Neue Geschichte, die uns heute noch vertraut ist.

Die in Deutschland erst nach 1945 ausgebildete Zeithistorie befasst sich mit der Geschichte eines 20. Jahrhunderts, das zunächst in besonderem Maße auf ruhige Kontinuität ausgelegt war und dann stärker von Zäsuren geprägt war als alle Jahrhunderte zuvor. Es war das Jahrhundert der politischen Gewissheitserwartungen und der sozialen

Langzeitprognosen. Das herrschende Bewusstseins, dass die Komplexität des modernen Staates revolutionäre Umwälzungen unmöglich mache, bestimmte seit dem Ausgang des 19. Jahrhunderts sogar die Strategie der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Zugleich aber ist das vergangene Jahrhundert durch eine Folge von Zäsuren und Kontinuitätsbrüchen ohnegleichen geprägt. Es umschließt allein in Deutschland die Rivalität und wechselseitige Ablösung von vier Herrschaftssystemen, die an die Stelle der überkommenen Monarchie getreten waren; es erfuhr über die jedermann erfassenden Umbruchsgewalt von zwei Weltkriegen und den mehrfachen Wechsel von sozialer und wirtschaftlicher Kontinuität und Krise hinaus je dreimal einen radikalen Machtwechsel mit revolutionären Zügen (1918, 1933 und 1989), eine territoriale Neuvermessung und -gliederung des Staatsgebiets (1919, 1945 und 1989), eine gesamtwirtschaftliche Reorganisierung (1923, 1948 und 1990) und vor allem einen radikalen Umbau der politisch-kulturellen Ordnung und der Maßstäbe von Gut und Böse (1933, 1945 und 1989).

Trotzdem gilt seit dem späteren 19. Jahrhundert mit Gustav Droysen, dass Epochenbegriffe und damit auch historische Zäsuren nur „Betrachtungsformen“ des ordnenden Historikers sind, nicht Eigenschaften der Welt und der Geschichte selbst. Die Suche nach Zäsuren entspringt dem Wunsch nach Ordnung des Zeitflusses und dem Bedürfnis nicht nur der Gäste von Thomas Manns „Zauberberg“, dass das Weiserchen der Zeit nicht fühllos gegen Ziele, Abschnitte, Markierungen“ sei, sondern und „einen Augenblick anhalten oder wenigstens sonst ein winziges Zeichen“ geben solle, „dass hier etwas

vollendet sei“.[1] In der Zäsur wird die Epochenfolge in der Menschheitsgeschichte sichtbar und ein verstohlener Blick in die Zukunft möglich, der Goethe die erste Niederlage der preußisch-österreichischen Koalition gegen das französische Freiwilligenheer in der Nähe von Chalons-sur-Marne bei Valmy am 20. September 1792 gegenüber preußischen Offizieren so kommentieren lässt: „Von hier und heute geht eine neue Epoche der Weltgeschichte aus, und Ihr könnt sagen, Ihr seid dabei gewesen”.[2]

In der Zäsur wird der Abschluss deutlich, rundet sich im Rückblick eine Zeit zur Epoche wie die Zeit vor der Französischen Revolution als ancien régime oder die Zeit zwischen Friedrich Wilhelms des IV. Regierungsantritt 1840 und dem Ausbruch der 1848er-Revolution als Vormärz. Das Leben wird nach Kierkegaard vorwärts gelebt und rückwärts verstanden, und erst in der gliedernden Periodisierung des Historikers wird das Menschenalter in Zeitalter eingearbeitet.[3] Im Moment seines Lebewohls an eine Welt, die nicht mehr seine war, gibt der heimatlose gewordene Emigrant Stefan Zweig in seinem erschütternden Abschiedsbrief sich darüber Rechenschaft, dass sein Leben mit den Zäsuren der Zeitgeschichte nicht mehr Schritt halten kann: „Mit jedem Tage habe ich dies Land [Brasilien, M.S.] mehr lieben gelernt, und nirgends hätte ich mir mein Leben lieber vom Grunde aus neu aufgebaut, nachdem die Heimat meiner Sprache für mich untergegangen ist und meine geistige Heimat Europa sich selber vernichtet. Aber nach dem 60. Jahre bedürfte es besonderer Kräfte, um noch einmal völlig neu zu beginnen. Und die meinen sind durch die

[1] Buddenbrooks, III, S. 754
[2] Campagne in Frankreich, 1822.
[3] Esch, Arnold: Zeitalter und Menschenerfahrung. Der Historiker und die Erfahrung vergangener Gegenwart, München 1994

langen Jahre heimatlosen Wanderns erschöpft. [...] Ich grüße alle meine Freunde! Mögen sie die Morgenröte noch sehen, nach der langen Nacht! Ich, allzu Ungeduldiger, gehe ihnen voraus.“ (22.2.1942)

Kurz: Zäsuren sind notwendige und gesuchte Einschnitte, um das historische Kontinuum fassbar zu machen und die Kette der Ereignisse in Glieder zu ordnen. Ihre genaue Datierung und ihre kulturelle Reichweite sind dabei oft umstritten. Zäsuren sind perspektivenabhängig. Besonders im Medienzeitalter werden sie oft ausgerufen und schnell wieder vergessen, wie es etwa der Jahrhundert- und Jahrtausendzäsur widerfuhr, die von einem starken Bewusstsein der Zeitenwende begleitet wurde und rückblickend ihren Zäsurencharakter rasch wieder eingebüßt hat. Häufig werden zunächst dramatisch erscheinende Einschnitte durch den wachsenden Abstand wieder eingeebnet. So erging es in unserer jüngeren deutschen Zeitgeschichte etwa den Notstandgesetzen, deren drohende Verabschiedung die Studentenbewegung mobilisierte und eine fast hysterische Furcht vor der Faschisierung auslöste, oder Einführung des Euro 2003 oder der EU-Osterweiterung vom Mai 2004 – allesamt als historisch aufgerufene Daten, die rasch nivelliert wurden. Dass umgekehrt die Geltungskraft von Zäsuren rückblickend nicht nur fallen, sondern auch steigen kann, zeigen die vielen Ereignisse, deren einschneidende Wirkung erst im nachhinein deutlich werden: Das Attentat auf den Thronfolger Franz-Ferdinand am 30. Juni 1914, das zum Ausbruch der das Jahrhundert der Extreme prägenden Urkatastrophe des Zweiten Weltkrieges wurde; der 30. Januar 1933, der wahrlich mehr bedeutete als nur einen Regierungswechsel; der autorfreie Sonntag im Herbst 1973, der das Ende der Fortschrittsmoderne fassbar werden ließ.

Nicht immer schließlich kommen historische und biographische Zäsuren zur Deckung, und nicht selten haben wir erhebliche Mühe, die Stationen unseres eigenen Lebens mit den großen Umbrüchen unserer nationalen oder internationalen Geschichte zu synchronisieren. Beobachter der Revolution von 1918 notierten verwundert, dass das Ende der Monarchie den Gang der Alltagsgeschäfte selbst in der Reichshauptstadt kaum berührt hätte: „Sonntag, den 10. November, war ein wundervoller Herbsttag. Die Bürger gingen in Massen wie gewöhnlich im Grunewald spazieren. Keine eleganten Toiletten, lauter Bürger, manche wohl absichtlich einfach angezogen. Alles etwas gedämpft wie Leute, deren Schicksal irgendwo weit in der Ferne entschieden wird, aber doch beruhigt und behaglich, dass es so gut abgegangen war. Trambahnen und Untergrundbahn gingen wie sonst, das Unterpfand dafür, dass für den unmittelbaren Lebensbedarf alles in Ordnung war. Auf allen Gesichtern stand geschrieben: Die Gehälter werden weiterbezahlt.“[4]

Auch der 8. Mai 1945 bedeutete als Datum nur für einen kleineren Teil der Deutschen den tatsächlichen Übergang vom Krieg zum Frieden, denn Gefangennahme, Demobilisierung und Besatzungsregime richteten sich nach dem vorrückenden Frontverlauf statt nach den Waffenstillständen von Reims und Berlin-Karlshorst, und die Sorge um das tägliche Überleben im Kampf um Brennholz und Nahrung überdeckte vielfach ein Stück weit das Bewusstsein der Zeitenwende des Mai 1945, gleichviel ob als Zusammenbruch oder Befreiung verstanden, wie etwa die Tagebuchaufzeichnungen der Journalisten

[4] Ernst Troeltsch, Spektator-Briefe. Aufsätze über die deutsche Revolution und die Weltpolitik 1918/22, hg. von Hans Baron, Tübingen 1924, S. 24. ebenso Harry Graf Keßler, der in seinem Tagebuch festhielt: „Die Revolution hat nie mehr als kleine Strudel im gewöhnlichen Leben der Stadt gebildet, das ruhig in seinen gewohnten Bahnen drum herumfloß. [...] Die ungeheure, welterschütternde Umwälzung ist durch das Alltagsleben Berlins kaum anders als im Detektivfilm hindurchgeflitzt.“ Tagebücher 1918-1937, hg. von Wolfgang Pfeiffer-Belli, Frankfurt a.M. 1961, S. 28.

Ursula von Kardorff aus einem württembergischen Dorf vom 1. und 2. Mai 1945 veranschaulichen: „Ein Uhr nachts. Hitler ist tot. Eben hörten wir es im Radio [...].Das also ist der Moment, den ich seit Jahren glühend herbeigesehnt, um den ich flehentlich gebetet habe. Und nun? [...] Als ich heute einigen Leuten von Hitlers Tod erzählte, sahen sie mich gleichgültig an: ‚So? Endlich! Leider zu spät.' Dann gingen sie zu ihrem Tagesprogramm über."[5]

Vielmehr bewegen sich biographisches und allgemeinhistorisches Erinnern sich nur in einem längeren Prozess aufeinander zu, wie die Gedächtnisforschung mit Unterstützung der Hirnforschung gerade in den letzten Jahren plastisch herausgearbeitet hat. Erst die allmähliche Aufsaugung der individuellen Lebenserinnerung durch das kollektive Gedächtnis auf dem Wege ihrer erzählenden Aktualisierung im Kontext der öffentlichen und medialen Verständigung über die Vergangenheit führt dazu, dass der einzelne schrittweise lernt, die allgemeinen Zäsuren der Zeitgeschichte auch für seine eigene Lebensgeschichte zu übernehmen.

Vor dem Hintergrund dieser Definition von Zäsur ist die epochale Bedeutung des politischen Jahres 1990 zwischen dem 9. Oktober 1989 an der Leipziger Nikolaikirche und dem 3. Oktober am Berliner Reichstag unmittelbar augenfällig. Alles, was historische Zäsuren ausmacht, kam in diesem Epochenjahr 1990 zum Ausdruck: Zu nennen ist an erster Stelle die sich rasant steigernde Wucht und Beschleunigung des historischen Ereignisstroms, der die Veränderung von Verhältnissen in Monate, Tage, manchmal Stunden zusammenballte, die sich vordem über Jahre und Jahrzehnte hin so unbeweglich gezeigt hatten, dass Erich Honecker

[5] Ursula von Kardorff, Berliner Aufzeichnungen. Aus den Jahren 1943-1945, München 1964, S. 241 f.

noch im Januar 1989 hatte sagen können, dass die Mauer auch in fünfzig und in hundert Jahren noch bestehen bliebe, wenn die dazu vorhandenen Gründe noch nicht beseitigt würden. Stärker noch ergibt sich der epochale Charakter des Einschnitts von 1990 daraus, dass er Deutschland nach vierzig Jahren staatlicher Teilung zu einem Nationalstaat in gesicherten Grenzen verwandelte und damit den Zweiten Weltkrieg endgültig Geschichte werden ließ. In dieselbe Richtung weist schließlich die Breite der weit über Deutschland hinausreichenden Auswirkungen, die der Zäsur von 1990 ihre Bedeutung zumessen. Sie steht gleichsam in der Mitte des weltgeschichtlichen Umbruchs von 1989/91, der so überraschend die schon für endgültig erklärte Teilung der Welt in zwei gegensätzliche Lager beendete, der das Jahrhundert der Ideologien und des Experiments einer sozialistischen Gesellschaftsordnung auslaufen ließ, der die Ideen des Westens mit seinen Maximen der Freiheitlichkeit, der Rechtsstaatlichkeit und der Marktwirtschaft gleichsam universalisierte.

Die Zeitgeschichtsforschung ist diesem Eindruck einer epochalen Zäsur gefolgt. Die äußerste Zuspitzung von Francis Fukuyama, dass das Ende der Systemkonkurrenz das Ende der Geschichte bedeute[6], blieb zwar eine Prophezeiung im Überschwang, die schon bald nur noch ablehnend zitiert wurde. Aber es kann trotzdem doch kein Zweifel herrschen, dass 1990 nicht nur die Spaltung Deutschlands und Mitteleuropas zu Ende ging, sondern auch der über alle Kontinente ausgebreitete Kalte Krieg, der mehr als eine Generation lang mit seinen verschiedenen Phasen der Spannung und Entspannung das Leben der Menschen rund um den Globus geprägt hatte.

[6] Francis Fukuyama, Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?, München 1992.

Die Zäsur von 1990 justierte die deutsche Zeitgeschichte neu. Es stellte den von Johann Chladenius so genannten ‚Sehepunkt' bereit[7], den der gegenwartsnahen Historiographie in der Regel verborgenen Endpunkt einer historischen Entwicklung, dessen Fehlen das methodische Grundproblem der Zeitgeschichte als historischer Subdisziplin ausmacht. Erst von 1990 aus rückblickend, treten die drei Segmente deutscher Zeitgeschichte seit dem Ersten Weltkrieg hervor, die als ältere von 1917 bis 1945 die Geschichte von Weimarer Republik und „Drittem Reich" umfaßt und von einer doppelten jüngeren nach 1945 als Geschichte von Bundesrepublik und DDR gefolgt wird[8]. An sie wiederum schließt die noch kurze, aber von Tag zu Tag weiter wachsende Gegenwartsgeschichte nach 1990 an, die bis in unsere unmittelbare Jetztzeit reicht und eben aufgrund dieser von keiner Zäsur unterbrochenen Kontinuität zum Heute in mancher Hinsicht gar nicht mehr als Zeitgeschichte im engeren zu fassen ist.[9]

Gleich nach der deutschen Vereinigung setzten denn auch Überlegungen ein, den Gesamtcharakter des kurzen Jahrhunderts zwischen dem kriegerischen Auseinandertreten der europäischen Nationen und dem friedlichen Zusammenfinden der Deutschen in einem geeinten Europa zu erfassen. Arnulf Baring deutete in einem futuristischen Rückblick vom Jahr 2010 aus auf die Wiedererkennung

---

[7] Johann Martin Chladenius, Einleitung zur richtigen Auslegung vernünfftiger Reden und Schrifften, Leipzig 1742.

[8] Hockerts, in APuZ 29-30 (1993), S. 7.

[9] Die hier getroffene Unterscheidung zwischen Zeit- und Gegenwartsgeschichte deckt sich nicht mit der Terminologie bei Reinhart Koselleck bzw. Fritz Ernst, die zu einer Identifizierung beider Begriffe bzw. der von ihnen bezeichneten Vergangenheitsperioden tendieren. Reinhart Koselleck, Begriffsgeschichtliche Anmerkungen zur ‚Zeitgeschichte', in: in: Victor Conzemius/Martin Greschat/Hermann Kocher (Hg.), Die Zeit nach 1945 als Thema kirchlicher Zeitgeschichte, Göttingen 1988, S. 17-31, hier S. 18 f.; Fritz Ernst, Zeitgeschehen und Zeitgeschichtsschreibung. Eine Skizze, in: Die Welt als Geschichte. Eine Zs. für Universalgeschichte 17, 1957, S. 137-189, hier S. 138 f.

einer aus den Augen verlorenen Kontinuität von Staat und Gesellschaft, die von 1871 her rühre. Die DDR sei demnach lediglich eine vorübergehende Sezession gewesen, deren Wegfall den Blick dafür öffne, dass das Bismarcksche Reich ungeachtet aller Gebietseinbußen in seiner Gesamtverfassung in den Fundamenten von 1871 ruhe.[10] So weit mochten nicht alle Beobachter vom Fach gehen. Aber das Bewusstsein, dass „1990“ das Ende einer Nachkriegsgeschichte markiere, die Wiedergutmachung in Form der nationalen Teilung geleistet habe, beherrschte beispielsweise Günter Grass, der das endgültige Ende der Nation als nicht rückholbaren Preis für Auschwitz betrachtete, ebenso wie seine Kritiker, die eine solche Buße als unangemessene Inanspruchnahme der Enkelgesellschaft und insbesondere ihrer benachteiligten Bevölkerung in Ostdeutschland ansahen.[11]

Diese Sichtweise läßt sich auch umdrehen. Für Klaus Tenfelde steht das Vereinigungsjahr 1990 für das Ende eines steinigen deutschen Weges zur westlichen Demokratie, der 1914 begann und die Epoche der „Überwindung fragmentierter, konsensuale demokratische Verhaltensformen be- oder verhindernder Teilkulturen“ einleitete.[12] Gleichviel, ob als Rückgewinnung eines starken Deutschlands oder als endgültiger Abschied von ihr – aus beiden Blickwinkeln fügt „1990“ sich in eine säkulare Perspektive, die die Schlußdekade des 20. Jahrhunderts auf Augenhöhe mit den dramatischen Ereignissen der ersten Jahrhunderthälfte und den großen Fragen der historischen Moderne

[10] Arnulf Baring, In Bismarcks Grenzen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9.11.1990.

[11] Günter Gaus, Die Zukunft der Deutschen in Europa *(1989)*, in: ders, Über Deutschland und die Deutschen, Berlin 1990, S. 731-743; Günter Grass, Kurze Rede eines vaterlandslosen Gesellen (1990), in: ders., Ein Schnäppchen namens DDR. Letzte Reden vorm Glockengeläut, Frankfurt 1990, S. 7-14.

[12] Klaus Tenfelde, 1914 bis 1990 - Einheit der Epoche, in: APuZ B 40 (1991), S. 10.

bringt.

Ungeachtet der grundstürzenden Bedeutung des Jahres zwischen Oktober 1989 und Oktober 1990 für die Zeitgenossen in Ost und West ist freilich nicht zu übersehen, dass der Epocheneinschnitt nicht allumfassend war. 1989/90 markiert zuallererst einen politischen und herrschaftsgeschichtlichen Einschnitt, der überdies nur ein Drittel der größer werdenden Bundesrepublik betraf, nämlich das sogenannte Beitrittsgebiet, während das politische und soziale Leben in Bayern oder im Rheinland praktisch unverändert weiterlief und sich erst in den Folgejahren allmählich veränderte: mit dem Wechsel der Hauptstadt vom katholischen Rheinland in das protestantisch bzw. gar nicht mehr religiös geprägte Berlin, mit den steigenden Kosten der deutschen Einheit oder mit dem Auswandern der PDS bzw. Linkspartei von Ost nach West, der nach der ersten freien Volkskammerwahl, als sie gerade noch 16% erzielte, der baldige Untergang als Transitionsphänomen vorausgesagt worden war – eine Prophezeiung, die sich in den neunziger Jahren krachend widerlegte.

Auch außenpolitisch lässt sich fragen, ob 1989/90 seinen Rang wirklich bewahren konnte oder ob die Folgejahre die Tiefe des Umbruchs eher wieder relativiert haben. Für die deutsche Vereinigung oder Wiedervereinigung ist dies unstrittig. Aber in globalem Maßstab widerspricht das zähe Überleben kommunistischer Regime in Nordkorea, Kuba und vor allem China allen euphorischen Annahmen der Zeit um 1990/91, dass diese Fossile des Kalten Krieges über kurz oder lang dem Zug der Zeit folgen und sich hin zu freiheitlichen und marktwirtschaftlichen Ordnungen wandeln müßten. Mehr erleben wir in Russland alle Anzeichen eines politisch-kulturellen roll back, der an die imperiale Tradition des Zarismus anknüpft, aber auch Stalin als Vater

des Sieges im Großen Vaterländischen Krieg verehrt und erst jüngst eine 28-köpfige Kommission gegen die Verfälschung der russischen Geschichte gebildet hat, der zu dieser Ausprägung eines antiwestlichen Bewusstseins der „russischen Idee“ seinen Beitrag leisten soll.

„1990“ als Zäsur relativiert sich auch bei näherem Blick auf unsere nähere Umwelt. Viele zeitgeschichtliche Entwicklungstrends bleiben vom politischen Umbruch im östlichen Europa von Wladiwostok bis Marienborn gänzlich unberührt. Die Herausbildung der Informationsgesellschaft in der digitalen Revolution, der Umbau des Bildungssystems, der demographische Wandel und die krisenhafte Expansion des Sozialstaats bezeichnen Entwicklungen, die vor 1989/90 einsetzten und vom Herbst 1989 zwar betroffen, aber kaum in ihrer Richtung verändert wurden: Die die Zeit der Regierung Schröder beherrschenden Frage nach den Grenzen des von Bismarck begründeten Sozial- und Wohlfahrtsstaates und zur Aufwertung der Zivilgesellschaft ließ der Umstand kalt, dass die mit der deutschen Einheit integrierte Ostbevölkerung doch in einer noch weitaus etatistischeren Welt gelebt hatte.

Die deutsche Vereinigung entwertete ostdeutsche Lebensstile und diskreditierte „alles, was die DDR-Gesellschaft jemals hervorgebracht hatte“, in solchem Maße, dass Desillusionierung und enttäuschte Hoffnungen in der „Vereinigungskrise“ der neunziger Jahre erst jene „Ostalgie“ und „Zonensucht“ erzeugten, die als Extremformen für die Herausbildung einer „Ostidentität“ standen, wie es sie in der DDR nie gegeben hatte.[13] Aber sie bilden doch Randphänomene einer kontinuierlichen Modernisierung unserer Lebenswelt, die vom politischen

[13] Axel Schildt/Detlef Siegfried, Deutsche Kulturgeschichte. Die Bundesrepublik von 1945 bis zur Gegenwart, München 2009, S. 478.

Umbruch kaum beeinflusst werden: die Pluralisierung der Lebensstile einschließlich des Bedeutungsverlustes der Familie, die Veränderung von Freizeitpräferenzen und Konsumverhalten, die Aufwertung von Jugend und Jugendkultur gegenüber dem Alter, das Ausgreifen des Umweltbewusstseins und seiner Bio-Kultur und vor allem die sozialen und kulturellen Folgen der Migration in einem zusammengewachsenen Europa und einer globalisierten Welt weisen auf Entwicklungstrends, die die Zäsur von 1989 deutlich schrumpfen lassen.

All diese Einschränkungen können freilich nicht die Tiefe des Einschnitts nicht relativieren, den die Herbstrevolution auf politischer Ebene bedeutete. Die Zäsur von 1989/90 war nicht total, aber sie war doch epochal und in ihren Auswirkungen global. Sie ereignete sich an der Nahtstelle der beiden Hemisphären, die die Welt seit 1917 und besonders zwischen 1945 und 1989 beherrscht hatten. Sie bildet den Zerfall der kommunistischen Weltordnung in Europa ab, der ganz überraschend die schon für ewig erklärte Teilung der Welt in zwei antinomische Lager aufhob, der die Ideen des Westens mit ihren Maximen der Marktwirtschaft, der Freiheitlichkeit, der Rechtsstaatlichkeit zu einem universalen Anspruch der Menschheit machte. Die Herbstrevolution beendete, so Hermann Weber, „die siebzigjährige Historie des deutschen Kommunismus“ und verwandelt das Projekt des radikalen Gegenentwurfs zur bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft in eine abgeschlossene historische Größe, deren „zentrale Kategorien und Strukturdefekte“ wie Radikalismus, Gewaltorientierung, Ideologiefixierung, Intoleranz, Fortschrittsglaube, Sozialimpetus und Machtversessenheit sich nun im historischen Rahmen erschließen

lassen.[14]

„1989/90“ steht für das Ende einer das Jahrhundert umspannenden Epoche, das uns mit jedem Jahr zügig ein Stück fremder zu werden begonnen hat: Es ist die Welt zwischen 1917/18 und 1989/90, deren über alle Grenzen von Staaten und Verfassungen hinweg reichenden Ähnlichkeiten in den letzten Jahren verschiedene Etikette bekommen hat: Von einem „Jahrhundert der Extreme“ sprach Eric Hobsbawm und andere von einem „Jahrhundert der Systemkonkurrenz“ mit dem „Überraschungssieger“ Demokratie.[15] Es ist das Jahrhundert der Zuordnung und der Ausgrenzung, das Jahrhundert des politischen Bekenntnisses, in dem mit Carl Schmitt die Freund-Feind-Scheidung zum Kern des Politischen wurde; es ist das Jahrhundert der ganzheitlichen Lösungen und der großen Entwürfe, der „großen Gesänge“, wie Gerd Koenen einmal schrieb. Es ist das Jahrhundert der sich bekämpfenden und wechselseitig ausschließenden Großordnungen, das mit freilich wechselnder Intensität durch feste Milieus und ideologische Lagerbildungen gekennzeichnet war und das sich doch zugleich der künstlichen Machbarkeit seiner Ordnung immer bewusst war.

Anfangs- und Endzäsuren dieses „Jahrhundert der Religionskriege“ (Eric Hobsbawm) korrespondieren miteinander. Die „Urkatastrophe“ des Ersten Weltkriegs mit ihrem apokalyptischen Einbruch von Gewalt und Barbarei zerstörte die säkulare Entwicklungsgewißheit der zivilisatorischen Moderne in ihrer charakteristischen Amalgamierung von Fortschritt und Tradition. Sie machte den Kampf um eine gültige Ordnung in einer kontingenten Welt zur Signatur des 20. Jahrhunderts

[14] Hermann Weber, Aufstieg und Niedergang des deutschen Kommunismus, in: APuZ B 40 (1991
[15] Hockerts, Doering-Manteuffel.

und überhaupt den Willen zur Ordnung zur Obsession. Am Ende dieses Jahrhunderts ließ das nicht durch äußere Gewalt, sondern durch innere Auszehrung herbeigeführte Ende des kommunistischen Projekts die lange Auseinandersetzung zwischen Diktatur und Demokratie, zwischen Faschismus und Kommunismus, zwischen Totalitarismus und Pluralismus auslaufen. An ihre Stelle trat eine neue Ära der Weltpolitik und ihrer globalen Bruchlinien, die die Grenzen des säkularen Systemwettbewerbs in dramatischer Rasanz überwand und zugleich in neuer Weise vertiefte. Diese neue Ordnung überführt wie selbstverständlich die Blockgegner von Gestern in die NATO und die EU. Sie räumt der erweiterten Bundesrepublik eine in der Zeit der Systemherrschaft nicht vorstellbare Bewegungsfreiheit als global player ein, und sie setzt im selben Atemzug Deutschlands angestammte Rolle als führende Wirtschaftsnation einer alle Grenzen sprengenden Konkurrenz um Arbeitskosten und Absatzchancen aus. Mit der Globalisierung aber ziehen neue Trennlinien herauf, die sich nicht mehr nach den alten Gegensätzen von Demokratie und Diktatur, Kapitalismus und Kommunismus oder entlang der Rivalität der Supermächte ordnen lassen. Die neuen Paradigmata für die Ordnung der Welt sind wieder stärker kulturell und traditional begründet, und das macht den Beitritt der zwischen okzidentaler und orientaler Kultur angesiedelten Türkei zur EU ungleich schwieriger und hürdenreicher als den seinerzeitigen Beitritt der für das westliche Bündnissystem optierenden Türkei zur NATO.

Das zwischen diesen Zäsuren liegende Menschenalter von 1917/18 und 1989/90 präsentiert sich im Rückblick als Epoche der klassischen Ordnungsmoderne in der Konkurrenz von Liberalismus, Faschismus und Kommunismus, die ihr chiliastisches „Projekt“ als „Drittes Reich“ und „Neue Ordnung“ definierten und von der Weimarer „Systemzeit“ und dem

„Wallstreet-Kapitalismus“ bzw. vom „Faschismus“ und der Welt des „Klassenfeindes“ abgrenzten. Am Ende des 20. Jahrhunderts aber haben sich nicht die totalitären Weltentwürfe überlebt; auch ihre konkurrierenden Gesellschaftsmodelle der „freien“ bzw. der „sozialen Marktwirtschaft“ sind in eigentümlicher Weise blutleer geworden. Die in ihrer Radikalität seit Gründung der Bundesrepublik unerhörte Reorganisierung des Sozialstaats und seiner Sicherungssysteme vollzieht sich unter allparteilichem Vertrauensverlust der Regierungspolitik, aber weitgehend ohne die systemkritische Aufladung früherer Zeiten; sie erzeugt eine politische Unsicherheit, die nicht mehr nach den Linien der politischen Lagerbildung folgt. Die deutliche Präferenz für uncharismatische Politiker und in der Unübersichtlichkeit eines institutionell erweiterten und inhaltlich zusammengerückten Parteienspektrums spricht dafür, dass wir mit dem Umbruch von 1989/90 in einem postideologischen Zeitalter angekommen sind, in dem nicht mehr Großordnungen um ihre Durchsetzung konkurrieren, sondern nur noch graduell unterschiedliche Optionen zur Ausfüllung eines konsensuellen Politikhorizontes.[16]

Die großen Sozialordnungen haben ihre Orientierungsfunktion ebenso eingebüßt wie die großen politischen Strömungen des Liberalismus und des Konservativismus, die vor einem Vierteljahrhundert noch verbreitet als „Formen bürgerlicher Herrschaft“ (Reinhard Kühnl) klassifiziert wurden. Mit ihnen ist dem Koordinatensystem von „links“ und „rechts“ die organisierende Kraft abhanden gekommen; seine Bedeutung ist selbst

[16] Vgl. zu diesem Befund zum Beispiel die publizistische Kommentierung des Fernsehduells der beiden Spitzenkandidaten zur Bundestagswahl 2009: „Denn was Opposition und Medien ununterbrochen einfordern, den aggressiven und stimmungsvollen Wahlkampf, die Auseinandersetzung um die Zukunft des Landes, ist den Wählern ein Graus. Nur kein Streit und keine Visionen, Konsens war und ist der Stimmungs- und Stimmenmagnet in der alten wie der neuen Bundesrepublik.“ Alexander Gauland, Wenn zwei sich nicht streiten ..., in: Der Tagesspiegel, 21.9.2009.

für einstige Protagonisten oft nur mehr historisch zu verorten.[17] Seit 1989 sind wir in einem postpolitischen Zeitalter angekommen, das seine Ordnungsvorstellungen nicht mehr auf das Morgen projiziert, sondern weit intensiver auf das Gestern, wie sich in der Umschichtung von Kulturetats zugunsten der doppelten Diktaturaufarbeitung bis hin zur fortschreitenden Historisierung und Musealisierung unserer Städte zeigt. Nicht mehr die Zukunft ist umkämpft, sondern die Vergangenheit, und wir richten uns heute als Gedächtnisgesellschaft weit wohnlicher ein denn als Erwartungsgesellschaft.

Das Ende des europäischen Kommunismus an der Macht justierte die deutsche und europäische Zeitgeschichte neu. Es schuf eine grundstürzend neue Perspektive, gab den der Zeitgeschichte in der Regel verborgenen Endpunkt einer historischen Entwicklung, der zu rückblickender Reorganisierung des eigenen Weltverständnisses herausfordert. Wer nicht mit der Gnade der verspäteten Geburt ausgestattet war, wurde durch den Abbruch des sozialistischen Experiments und seinem rückstandslosen Aufgehen in der westlichen Gesellschaftsverfassung in seinem Handeln und Denken tief erschüttert. Der rasche und widerstandslose Zerfall der SED-Herrschaft Ende 1989 und Anfang 1990 war im wahrsten Sinne des Wortes eine ‚unerhörte Begebenheit'. Sie sprengte den Denkrahmen der Politik, überstieg die Phantasie der Öffentlichkeit, und sie strafte auch die prognostische Kompetenz der Gesellschaftswissenschaften und besonders der DDR-Forschung Lügen.[18] Wie sehr wir alle als Zeitgenossen des Umbruchs

[17] Sprechend ist hier die heutige Selbstverortung konservativer Politiker wie Peter Gauweiler (CSU) oder Heiner Geißler (CDU) bzw. auf entgegengesetzter Seite einem zur Zeit seiner Gründung als linke Gegenöffentlichkeit gedachten Presseorgans wie der taz, deren Chefredakteurin zum 25jährigen Jubiläum 2004 fast hilflos darauf verwies, dass links und rechts heutzutage eben etwas ganz anderes meinten als noch vor wenigen Jahren.

[18] Vgl. exemplarisch die aus abwägender und durchaus nicht unkritischer Beobachtung gewonnene Einschätzung Gert-Joachim Glaeßners, der 1988 feststellte: „In den 15 Jahren der Ära Honecker hat

uns der historisch erzwungenen Verschiebung unseres eigenen Sinnhorizontes hatten beugen müssen, könnte uns, gutes Gedächtnis vorausgesetzt, ebenfalls der unserer Vergleich von Auffassungen und Äußerungen vor und nach 1989 lehren. Wir haben schnell dazu verstanden, dieses Versagen mit Kopfschütteln zu betrachten und die Frage, warum zeitgenössische Analysen das nahende Ende der DDR nicht kommen sahen, beispielsweise mit bedauerlicher moralischer Indifferenz oder fachlicher Blindheit zu erklären. Klüger wäre es, hier der Kontingenz der Geschichte etwas mehr Raum zu geben und anzuerkennen, dass historische Zäsuren neue Denkhorizonte schaffen können, die wissenschaftlich wie lebenspraktisch nicht einholbar sind. Die weltgeschichtliche Wende von 1989/91 in Deutschland im Ergebnis bedeutete eine Epochenzäsur, weil sie die Gültigkeit der bisherigen Ordnung der Dinge aufhob. Sie setzte neue normative Maßstäbe des Handelns und Denkens, die sich aus den alten Verhältnissen nicht hätten ergeben können, und bildet einen unhintergehbaren Sehepunkt, der seine eigene Historizität und Unerhörtheit rasch zur selbstverständlichen Normalität verwandelt hat: Niemand wird mehr den fortschreitenden Verfall der DDR-Wirtschaft, die auf den Untergang zulaufende Erosion des Kommunismus, die Unnatürlichkeit der deutschen Teilung bestreiten, und wenn wir die SED-Führung restlos lächerlich machen wollen, müssen wir nur Honeckers Satz vom Januar 1989 zitieren, dass die Mauer noch in fünfzig und hundert Jahren stehen

---

die DDR an internationalem Gewicht und innerer Stabilität gewonnen.“ (Die DDR in der Ära Honecker. Politik - Kultur - Gesellschaft, Opladen 1988, S. 11) Im Jahr darauf urteilte derselbe Autor, dass es der DDR „um die Konsolidierung des Erreichten (gehe) und darum, die Weichen für eine krisenfreie Entwicklung der DDR-Gesellschaft bis zur Wende des Jahrhunderts zu stellen. Sie kann dabei, nicht zur Unrecht, eine selbstbewußte Bilanz der Ära Honecker aufmachen“. (Gert-Joachim Glaeßner, Die andere deutsche Republik. Gesellschaft und Politik in der DDR, Opladen 1989, S. 73). Selbst Zbigniew Brzezinski sprach 1989 in seiner Abrechnung mit dem ‚gescheiterten kommunistischen Experiments‘ der DDR als einzigem Ostblockstaat noch relative Stabilität und wirtschaftliche Entwicklungspotenzen zu. (Zbigniew Brzezinski, Das gescheiterte Experiment. Der Untergang der kommunistischen Systeme, Wien 1989, S. 239)

werde, „wenn die dazu vorhandenen Gründe noch nicht beseitigt sind.[19] Das dieser Satz uns heute absurd erscheint und damals nicht, macht den eigentlichen Epochencharakter der Zäsur von 1989/90 aus.

[19] Die Mauer wird in 50 und auch in 100 Jahren noch bestehen bleiben, wenn die dazu vorhandenen Gründe noch nicht beseitigt sind. (Berlin 19. Januar 1989)